

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD

zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1990

hier: Einzelplan 04

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes
— Drucksachen 11/5000 Anlage, 11/5554, 11/5581 —

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag tritt für die Wahrung aller Möglichkeiten der Deutschen ein, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden und in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen. Die Vorschläge zur stufenweisen Entwicklung der Zusammenarbeit mit der DDR, die der Bundeskanzler in der Haushaltsdebatte am 28. November 1989 in zehn Punkten zur Deutschland- und Europapolitik vorgebracht hat, dienen diesem Ziel. Darum sind sie zu begrüßen. Eine unabdingbare Voraussetzung für diesen Prozeß ist die vom Deutschen Bundestag in seinem Beschluß vom 8. November 1989 ausgesprochene Anerkennung der polnischen Westgrenze.

Die Konkretisierung und Umsetzung dieser Vorschläge setzen auf jeder Stufe das auf freier Selbstbestimmung beruhende Einverständnis der Deutschen in der DDR voraus. In der Bundesrepublik Deutschland erfordern sie das Zusammenwirken aller demokratischen Kräfte. Dieses Zusammenwirken muß sich insbesondere auch auf die jetzt notwendigen Hilfen für Berlin erstrecken.

In Anbetracht der veränderten Sicherheitslage durch die Entwicklungen in den Staaten des Warschauer Paktes lehnt der Deutsche Bundestag jede Modernisierung vorhandener und die Stationierung neuer atomarer Kurzstreckenraketen in der Bundesrepublik Deutschland ab. Der Deutsche Bundestag wird außerdem die Rüstungsausgaben nachhaltig kürzen und dabei freiwerdende Mittel statt in die Rüstung in den Ausbau des Gemeinsamen Europäischen Hauses investieren.

Bonn, den 30. November 1989

Dr. Vogel und Fraktion

